

Anhörung am 27.06.2019

Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung haben die Parteien vereinbart, zu prüfen, wie die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Senioren ausgebaut werden können. Bei 636.000 Senioren (Rentnern) sollte das keine symbolische Geste sein und die partizipatorische Seniorenpolitik der Landesregierung und der Verbände dokumentieren.

Es geht um die Verbesserung des Zusammenlebens der Generationen und Gewährleistung eines würdevollen Lebens im Alter ohne Diskriminierung.

Wenn in der „Thüringer Allgemeinen“ vom 05.02.2019 von einem Landtagsabgeordneten zu einem „Rentenaufstand der Jungen“ aufgerufen wird, hat er die berechtigten Forderungen der jungen Generation nicht verstanden.

In der Sendung des MDR mit der Thematik „Schluss mit der Opa-Demokratie – die Alten plündern die Jungen“ werden unverantwortliche Konflikte der Generationen heraufbeschworen.

In einem Seniorenbrief an die Landesregierung, alle Parteien im Thüringer Landtag und Organisationen haben wir die berechtigten Forderungen der jungen Generation unterstützt und die Ursachen und Verantwortlichen für ihre Kündigung des Generationsvertrages dokumentiert.

Die SPD und die Grünen haben den Brief beantwortet, die anderen Parteien haben „Gesprächsbereitschaft“ angezeigt.

Die Parteien haben Jugendorganisationen – wir zeigen auch Gesprächsbereitschaft.

Es stehen grundsätzliche Entscheidungen der Rentenkommission der Bundesregierung zur Sicherung der sozialen Systeme und einer armutsfesten Altersversorgung an wie

- Renteneintrittsalter mit 71 Jahren
- Rentenniveau bei 48 % nach 45 Arbeitsjahren, 72 % nach den zwei letzten Arbeitsjahren

Das ist Sprengstoff für die Gesellschaft.

Beispiele: DDR-geschiedene Frauen – Haltung im Bundestag, Polizei, Rentenwirksamkeit, Bekleidungsgeld.

Fünf Urteile der Landessozialgerichte liegen vor, keine Entscheidung wurde getroffen in Thüringen.

Erforderlich ist, den Status der ehrenamtlichen, gewählten Senioren auf allen Ebenen aufzuwerten und und finanziell zu sichern.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren geht ein auf die veränderten Bedingungen in unserer Gesellschaft mit dem Schwerpunkt der Veränderung der demografischen Struktur in unserem Land.

Dem immer stärker werdenden Anteil der älteren Generation, die Förderung der aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, die Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte an den gesellschaftlichen Entscheidungen wird der Gesetzentwurf durchaus gerecht. Die älteren Menschen wollen Verantwortung übernehmen und ihre Erfahrungen einbringen. Sie kennen die Region, das Land und die Menschen, ihre Probleme und Sorgen und haben zu ihnen auch unmittelbaren Kontakt, mehr als mancher Politiker.

Vier Grundgedanken zum Entwurf

1. Wir finden es gut, dass nunmehr festgeschrieben wird, dass kommunale Seniorenbeiräte

in den Gemeinden und Landkreisen, da, wo sie noch nicht bestehen, zu bilden sind. In Rudolstadt zum Beispiel wird dieses schon seit längerer Zeit erfolgreich praktiziert (Seniorenbeirat 14 Mitglieder).

Aber: Warum die Einschränkung auf Gemeinden und Landkreise mit weniger als 10.000 Einwohnern? Die gesellschaftlichen Probleme sind dort im Wesentlichen auch nicht anders. Die Senioren wollen auch hier angehört werden, mitbestimmen, sie wollen einbezogen werden, aktiv mitgestalten und ihre Erfahrungen einbringen.

2. Aktive Mitarbeit des Seniorenbeirates zur Erarbeitung von Stellungnahmen und Empfehlungen für die Gemeinden und Landkreise erfordert, allseitig und rechtzeitig informiert zu sein. Sofern aus dem Seniorenrat niemand Mitglied der Gemeinde und des Landkreises ist, sollten im Vorfeld der Beschlussfassung wie bei Abgeordneten zeitnah und rechtzeitig die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

3. Unseres Erachtens genügt es nicht allein, dass die Mitglieder des Seniorenbeirates durch die in den Gemeinden und Landkreisen tätigen Seniorenorganisationen gewählt und in die Ausschüsse berufen werden. Unseres Erachtens wäre zu prüfen, ob mit einem Abgeordnetenstatus der Mitglieder des Seniorenbeirates die Autorität und Wirksamkeit des Seniorenbeirates erhöht wird. Sie wären hiermit parteipolitisch unabhängiger.

4. Finanzielle Unterstützung der Seniorenbeiräte und insbesondere der ehrenamtlichen Senioren ist wichtig. Gerade bei Letzteren reichen Steuerfreibetrag bzw. steuerliche Vergünstigungen nicht aus. Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Seniorenbeirates sollten gesetzlich festgelegt werden.

Als Anlage haben wir nochmals die Seniorenbriefe 1 und 2/2019 des Thüringer Seniorenverbandes BRH e. V. zum Thema „Jung gegen Alt“ und zum 8. Thüringer Sozialgipfel beigefügt.

Es schreibt Ihnen

Datum

März 2019

Seniorenbrief 1 des BRH (März 2019)

Seniorenbriefe dienen der Information und stellen die aktuelle Problematik, Senioren betreffend, in den Mittelpunkt.

Aktuelles Thema: Jung gegen Alt

Der Jugendrat der Generationenstiftung kämpft für die Interessen der jungen Menschen und startete die Kampagne: *Wir kündigen den Generationsvertrag.* (welt.de 28.12.18) Dies ist nicht der einzige Bericht. In der TA vom 5. Februar 2019 fordert **JU-Chef Stefan Gruhner**, der für die CDU im Landtag sitzt, einen *Rentenaufstand der Jungen*.

1. Das Verhältnis zwischen Jung und Alt

Im Jahr **1957** wurde in der BRD eine **umfangreiche Rentenreform** durchgeführt. Bis zu diesem Jahr finanzierte jeder Arbeitnehmer seine Rente selbst, die er auf ein Rentenkonto einzahlte. Die Kapitaldeckung war zu gering und der Bedarf höher. Daraufhin wurde ein **Umlageverfahren eingeführt**, bei dem Arbeitnehmer durch Sozialabgaben die Renten der Bürger im Ruhestand finanzieren.

Ursprünglich wurde eine **allgemeinere Auslegung** angedacht, dass die Umverteilung sowohl die Generation der nicht mehr im Arbeitsprozess stehenden Rentner betrifft als auch die Generation der noch nicht im Arbeitsprozess stehenden Kinder und Jugendlichen.

Die Rentenversicherung und das Bundesfinanzministerium legen diese Übereinkunft allerdings **enger** aus und beziehen nicht die Generation der Kinder und Jugendlichen ein. Die einzahlende Generation erwirbt durch eigene Arbeit eigene Rentenanwartschaften. Ihre Rente wird dann von der nächsten Generation getragen. Lange Zeit herrschte ein Konsens.

2. Die Ursachen für die heutigen Kontroversen

- a. Demografische Entwicklungen erschweren den Ausgleich zwischen den Generationen, denn es nehmen die Rentenempfänger zahlenmäßig gegenüber den Erwerbstätigen zu.
- b. Die Ursache der Zunahme des Ungleichgewichtes ist die gesunkene Geburtenrate, die Generation der gegenwärtigen Einzahler muss mehr Rentner versorgen.

- c. Die Menschen werden älter, damit verlängert sich die Bezugsdauer der Rente.
- d. Die Arbeitsmarktsituation gestaltete sich viele Jahre als kompliziert, denn nur durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze werden Abgaben für die Rentenversicherung erzielt.

3. Die aktuelle Situation:

- Die Rente ist an die Entwicklung der Löhne und Gehälter gekoppelt. Ein niedriges Rentenniveau liegt bei Langzeitarbeitslosigkeit, Mini-Job, Teilzeit, Leiharbeit, Dauerpraktika, geringverdienenden Selbständigen, Kindererziehungszeiten und Pflege vor, also bei Niedriglöhnen. Das hat auch geringe Beiträge in die Rentenkasse zur Folge.
- **Die Rentenreform 2004/2005 mit dem Alterseinkünftegesetz brachte**
 - die Basisrente mit der gesetzlichen Rentenversicherung und die private kapitalgedeckte Basisrente
 - kapitalgedeckte Zusatzvorsorge (Betriebliche Altersvorsorge, Riester-Rente)
 - weitere Vorsorgeprodukte (private Rentenversicherung, Kapitallebensversicherung)
 - eine Absenkung des Rentenniveaus: Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung und eine Besteuerung der Renten von 50% im Jahr 2005 mit jährlichem Anstieg bis 2040 auf 100%
- **Das Rentenniveau sinkt** auch durch früheren Renteneintritt, auch durch Modelle wie der Altersteilzeit. Betriebliche und private Vorsorgemaßnahmen können die Rentelücke auch nicht schließen, weil die Menschen nicht in der Lage sind, zusätzliche Beiträge zu zahlen. Hinzu kommt der Niedrigzins für Spareinlagen und Lebensversicherungen.
- **Im Jahr 2017** bezogen laut statistischem Bundesamt 544.090 Rentner Grundsicherung im Alter (39 % Männer - 61% Frauen). Diese wird gezahlt, wenn der Bedarf für das tägliche Leben höher als das eigene Einkommen ist. Leider zählen zum Einkommen Luxusgüter und das eigene Haus, was zu veräußern ist. Zusätzliches Vermögen ist hier nicht erlaubt.
- **Faktoren, dass die Altersarmut zunimmt**, sind auch die steigenden Lebenshaltungskosten (Mieten, Lebensmittel, Kleidung) und die sinkende Rente, und die unter 1. genannten Aspekte. Wer durchschnittlich 1.500 Euro erzielt hat und 2030 in Rente geht, erwirbt einen Rentenanspruch von 750 Euro.
- **Mit der Rentenreform 2007** stieg der Rentenbeitrag an (19,9 %) und das Renteneintrittsalter wurde von 65 auf 67 schrittweise angehoben.

- Die Bundesregierung legte **das steuerfreie Existenzminimum für einen Alleinstehenden** fest. Bis zu dieser Höhe müssen also Einnahmen steuerfrei sein.
 - 2018: 9.000 Euro
 - 2019: 9.168 Euro
 - 2020: 9.408 Euro.
 - (Für Ehepaare wird es für 2020 mit 15.540 € angegeben, Kinder mit 5.004 €)

4. Der Dreh- und Angelpunkt sind die Kinder und Jugendlichen

Solange das **prozentuale Verhältnis von Arbeitnehmern und Einzahlern** in die Rentenkasse mit dem der Rentner stimmte, wurde dieses **Umlagesystem** in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert. Man kann die Skepsis und Besorgnis der jungen Leute verstehen, die jetzt vor der finanziell nachteiligen Aufgabe stehen, in Zukunft mehr in die Rentenkasse zu zahlen, um den Generationenvertrag zu erfüllen. Aber es ist nicht die Schuld der Rentner, dass die Jugend vor diesem Dilemma steht. Hier liegt ein Versäumnis der Politik vor. Sie sah zu und griff nicht gestaltend ein.

Es gibt schon länger Szenarien, durch welche Maßnahmen die Bevölkerungszahl Deutschlands stabil gehalten werden oder auf 67 Millionen zurückgehen kann. Hier kam immer die Zuwanderung ins Spiel.

Die Förderung von Familien blieb auf der Strecke. Wenn bis 1990 die Familien in der ehemaligen DDR noch durchschnittlich über 2 Kinder verfügten, wurde durch eine zunehmende unsichere Lebensperspektive sehr schnell das Modell der alten Bundesrepublik übernommen und Kinder zum Armutsrisiko und damit zum Verzicht erklärt.

Alle genannten Punkte wie Langzeitarbeitslosigkeit, Mini-Job, Teilzeit, Leiharbeit, Dauerpraktika, geringverdienende Selbständige, Kindererziehungszeiten und Pflege, also auch Niedriglöhne, hatten nun in Deutschland Armut oder Armutsgefährdung zur Folge. **Eine kinderfeindliche Atmosphäre** in Wohngebieten kam dazu, denn wer mochte schon Spielplätze in dieser Wohlstandsgesellschaft. Bei der **Anmietung von Wohnungen** war dem Vermieter der Hund lieber als Kinder, sie könnten ja zu laut sein.

Wenn Frauen arbeiten, stärkt es deren Selbstbewusstsein und ihre Unabhängigkeit. Es muss aber auch die Betreuung der Kinder abgesichert sein. Dazu gehört allerdings ein **Betreuungsschlüssel**, aber 1: 16 ist nicht geeignet, um im frühen Kindesalter **Fähigkeiten zu entwickeln sowie Werte und Normen zu vermitteln, die in der demokratischen Gesellschaft erwünscht sind**. Dies setzt sich in der Schule fort. Klassengrößen durch Lehrermangel und Unterrichtsausfall, fehlende finanzielle Mittel charakterisieren die heutige Schule und sind das Ergebnis von Sparmaßnahmen der Politik.

Kinder und Jugendliche brauchen eine Perspektive in ihrem Leben. Sie müssen wissen, dass Bildung die Voraussetzung für einen entsprechenden Beruf mit einem dazugehörigen Einkommen ist. Eine **durchgehende Arbeitsbiografie** ist notwendig, um für einen Lebensabend vorzusorgen. Dazu zählen **unbefristete Arbeitsverträge**, das heißt, dass die **Politik und Wirtschaft ein Gewissen brauchen**. Sie müssen durch geeignete Maßnahmen die Familien fördern, Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern, genügend Krippen- und Kindergartenplätze bereitstellen, die zukünftigen Arbeitskräfte gut ausbilden und Qualifikationen anbieten, denn Bildungsverlierer haben ihre Wurzeln verloren und sie sind ein Risiko für jede Gesellschaft und eine Gefahr für die Demokratie. Solange die Herkunft entscheidend den Bildungsweg mitbestimmt, sind Bildungsverlierer leicht zu manipulieren.

Eine berufliche Tätigkeit mit Einzahlung in die sozialen Kassen ist die Grundlage für die materielle Sicherheit im Alter. In Zeiten von Arbeitskräftemangel ist die Einstellung von Leiharbeitern kontraproduktiv, da ein Lohngefälle zum Stammpersonal besteht. Die Kontroversen zwischen den Generationen müssen beendet werden. Sie stören den inneren Frieden. Es gibt Versuche in der großen Koalition durch die SPD nun mit einem neuen Sozialstaatskonzept zu punkten. Dazu gehören das Kita-Gesetz und die Grundrente, die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes, das Bürgergeld statt Hartz IV, ein längerer Bezug von Arbeitslosengeld I und die Kindergrundsicherung (ein Paket aus Kindergeld, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket und etwaige Hartz IV- Zahlungen), die sich am Bedarf und den Infrastrukturleistungen von Kindergarten, Schule, Ganztagsbetreuung und Förderangeboten orientiert. Die SPD will dem Wandel in der Arbeitswelt mit dem Recht auf Arbeit begegnen. Alle Maßnahmen müssen aber bezahlbar sein und nicht durch höhere Beiträge abgedeckt werden. Nicht an den Plänen, sondern an deren Realisierung sollte man Politik messen. All diese Maßnahmen reichen für die bestehenden und künftigen Generationen nicht aus, um die Altersarmut wirkungsvoll zu verhindern.

WIR als BRH treten dafür ein, dass die Kinder und Jugendlichen gefördert werden müssen, um einen hohen Grad der Allgemeinbildung zu erreichen, um wiederum späteren beruflichen Anforderungen gerecht werden zu können. Es ist nicht die Rentnergeneration, die den jungen Leuten die Zukunft verbaut. Es sind die verpassten politischen Entscheidungen für das Volk, denn Politik dient dem Gemeinwohl, darunter ist das Wohl aller zu verstehen.

Unsere Kinder sind ein Reichtum für die Gesellschaft. Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft. Es wird Zeit für einen Spurwechsel!

Vorsitzender des Thüringer
Seniorenverbandes BRH e. V.

OV Eisenach

Thüringer Seniorenverband BRH e.V.
Hauptstraße 91b
99826 Lauterbach

Tel.: 03 69 24 - 3 06 80

E-Mail: brh-thueringen@gmx.de

Es schreibt Ihnen

Datum

01.06.2019

Seniorenbrief 2 des BRH Thüringen (Juni 2019)

Seniorenbriefe dienen der Information und stellen aktuelle Probleme, Senioren betreffend, in den Mittelpunkt.

Aktuelles Thema: Der 8. Thüringer Sozialgipfel- Familien stärken, Erfurt 15.05.2019

Der 8. Thüringer Sozialgipfel fand im Kontext des Landesprogramms für Familie statt. Es wurde ein Austausch über das familiäre Zusammenleben der Generationen geplant, der die Bereiche Wohnen, Pflege, soziale Infrastruktur und Armutsrisiken auf der Tagesordnung **hatte**.

Der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow wandte sich mit einem Grußwort an die Teilnehmer. Er hob hervor, dass Kinder die Zukunft einer jeden Gesellschaft sind und Familien gestärkt werden müssen. Dazu gehört auch die wechselseitige Fürsorge der Generationen und ihr solidarisches Zusammenleben.

Zitat: „Wenn Kinder zum Betriebsunfall einer Gesellschaft werden, dann ist die ganze Gesellschaft ein Betriebsunfall“. (Bodo Ramelow)

Er benannte aktuelle Herausforderungen (Beispiele):

- Der demografische Wandel, der mit einem Fachkräftemangel verbunden ist
- Die notwendige familienfreundliche Gesellschaft in der Arbeitswelt und im Alltagsleben
- Die Förderung von Wohnungsbau, der verbesserte Mieterschutz
- Niedriglöhne, Altersarmut, Armutsrisiko alleinerziehende Frauen betreffend
- Probleme in der Pflege von Angehörigen
- Die Infrastruktur Kinderkrippe und Kindergärten betreffend, wo die Betreuung der Kinder gewährleistet werden kann, damit Eltern Familie und Beruf auch durch existenzsichernde Arbeit verbinden können
- Der sich verändernde Familienbegriff
- Eine Kindergrundsicherung

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes unterstrich die **soziale Verantwortung, die Familien haben**, da gerade durch die Familie viele Menschen gepflegt werden. Die Familie ist die erste Sozialisationsinstanz, wo das Urvertrauen entwickelt wird, wo die von der Gesellschaft gewünschten Werte und Normen anerzogen werden. Das Elternhaus prägt die Kinder. Wenn aber 2 Millionen Kinder in

Familien mit Hartz IV leben und davon 50 % Alleinerziehende betroffen sind, dann nimmt auch die Kritik an der bestehenden ungerechten Gesellschaft zu. Prognostiziert wurde für 2035, dass ungefähr 4 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen sein werden. Das Problem besteht aber in fehlenden Fachpflegekräften und notwendigen Kursen für pflegende Angehörige und deren finanzielle Rahmenbedingungen. In drei Workshops wurde diskutiert:

- Sozialpolitik und soziale Infrastruktur für Familien
- Wohnen als existentielle Basis für Familien
- Die Einkommenssituation von Familien im Kontext von Armutsrisiken

Die Diskussion in den Workshops wurde als sehr positiv hervorgehoben, weil man miteinander ins Gespräch kam, Erfahrungen und Meinungen austauschen konnte. Hier hätte sogar mehr Zeit eingeplant werden können.

Die Schwerpunkte der drei Arbeitsgruppen wurden in 4 Handlungsfeldern zusammengefasst:

Arbeitszeit	Familie und Beruf müssen vereinbar sein, Öffnungszeiten von Behörden und Kindereinrichtungen abstimmen
Geld	Existenzsichernde Arbeit braucht einen Mindestlohn Kindergrundsicherung statt Hartz IV
Gleichstellung	In der Bezahlung Männer/Frauen und West/Ost
Infrastruktur	Ganztagsbetreuung und Hausaufgabenunterstützung, Schulessen und Nachhilfe

Dr. Jan Steinhaußen wies auf das Handbuch für Familie des Landesprogramms für das solidarische Zusammenleben der Generationen hin, wo Familienformen, Gesetzeslage und Maßnahmen verankert sind.

Heike Werner, Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie bedankte sich im Schlusswort bei allen Teilnehmern für die konstruktive Arbeit und fasste die 4 Handlungsfelder zusammen.

Unsere Analyse:

Eine Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie sich gegenüber denen verhält, die noch nicht und die nicht mehr im Arbeitsprozess stehen und wie es gelingt, den sozialen Frieden zwischen den Generationen zu bewahren. Dazu zählt auch die Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern, deren Familien, die den Generationsvertrag garantieren können.

Was ist aber in den letzten Jahrzehnten passiert? **Die Familie** ist in ihrer alten bürgerlichen Struktur im Wandel begriffen. **Wertvorstellungen** haben sich verändert. Das Leben genießen und sich beruflich frei entfalten, lassen weniger Raum für Kinder. **Kinder** wurden zum Armutsrisiko und zum Hemmnis in der beruflichen Entwicklung, verbunden mit einer zunehmend unsicheren Lebensperspektive junger Familien. **Der demografische Wandel** wurde eingeläutet aber auch manifestiert. Ein hausgemachtes Problem, das schleichend kam und von Zeit zu Zeit durch Anwerbung von Gastarbeitern, Übersiedlern, Umsiedlern, Spätaussiedlern, die deutsche Einheit und zurzeit durch Migration statt Familienförderung gelöst werden soll. Kinder sind ein Reichtum für die Gesellschaft. Ohne Kinder ist die Gesellschaft arm.

Seit Jahren werden vom Thüringer Landesamt für Statistik **Bevölkerungspyramiden** herausgegeben, die den Vergleich ziehen zwischen den aktuellen Jahren und 2020 oder 2050. **Seit Jahren** ist die **Bevölkerungsentwicklung** ein Thema in den Lehrplänen Geografie und Sozialkunde. **Seit Jahren** nimmt die **Einwohnerzahl Thüringens** durch Wanderungsbewegungen und Geburtenrückgang ab. Gegengesteuert wurde nicht. Anfangs war man froh, dass die Lehrstellen und Studienplätze reichten und die Arbeitslosenstatistik niedrigere Zahlen

auswies. **Langzeitarbeitslosigkeit, Teilzeit, Leiharbeit, Mini-Jobs, Dauerpraktika haben aber Armut und Armutsgefährdung auch im Alter zur Folge.**

Wenn rund **3,38 Millionen Vollzeitbeschäftigte** in Deutschland im Monat weniger als **2.000 € Brutto** verdienen, sind weder Vorsorgemaßnahmen noch eine Teilhabe an der Gesellschaft möglich, denn die **Herkunft entscheidet über den Bildungserfolg** und **Bildungsverlierer** sind leicht manipulierbar. Letzteres wird kompensiert durch **Lehrermangel und Stundenausfall**.

Erfahrungsberichte während des Sozialgipfels untermauerten die Problematik. Einerseits wurden die Schwierigkeiten besonders für Alleinerziehende dargestellt, ihren Kindern Bildung mitzugeben, denn die Kosten für Klassen- und Studienfahrten für eine Familie mit mehreren Kindern sind enorm. **Andererseits** erlebten wir auch ein Beispiel, wie Pflege im Alter innerhalb einer Familie zu gewährleisten ist, welche Unterstützung wann und wie schleppend läuft und sich der Pflegenden allein und verlassen mit allen Problemen vorfindet. Man kann nicht alles durch Ehrenämter lösen. Die Einführung der Ein-Euro-Jobs hatten zum Verlust von regulären Arbeitsplätzen geführt und erwiesen sich als eine Sparmaßnahme. Zusätzlich zu den Ehrenämtern muss es angestellte mobile Berater und Pflegekräfte geben, die in die Familien hineingehen und die häusliche Pflege unterstützen.

Arm ist, wer weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat. Für einen Single wäre die Grenze bei 942 € Netto, für eine alleinerziehende Person mit 2 Kindern sind es 1507 €. Keiner der Beiden kann damit für das Alter vorsorgen. Kinderarmut ist schon etabliert. **Hartz IV** wird vererbt auf die nächste Generation.

Armut ist auch schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen. 350.000 Mensch in Thüringen gelten als arm. Es sind Arbeitslose (62,9 %), Alleinerziehende (40,2 %), kinderreiche Familien (30 %), Migrierende (27,5%) und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen (28,8 %).

In Thüringen leben rund 121.100 Alleinerziehende (97.000 Frauen, 23.200 Männer). Familien mit alleinerziehenden Elternteilen machen fast 20% der Bedarfsgemeinschaften aus, die Hartz IV beziehen. Sozialverbände gehen von einer notwendigen Kindergrundsicherung von monatlich 630 € aus, wie die TA vom 1. Juni 2019 berichtet.

In Deutschland gehen 33,2 % der erwachsenen armen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach. In Rente bzw. Pension sind 24,8 %. Nur 21% der einkommensarmen Erwachsenen sind arbeitslos. 49,9 % der Alleinerziehenden sind erwerbstätig und davon verfügen 75,4 % über ein mittleres oder hohes Bildungsniveau. Die Mehrheit der Armutsbetroffenen ist nicht arbeitslos, sie besitzen nur wenig Einkommen. (Quelle: Armut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Der Paritätische Armutsbericht 2018)

In den alten Bundesländern beziehen 87 % die gesetzliche Rente, **in den neuen Bundesländern** 99%. Während in den alten Bundesländern über 18 % eine betriebliche oder private Alterssicherung beziehen, sind es in den neuen Bundesländern maximal 3 %.

In Thüringen beziehen von den 636.000 Rentnern 37.000 eine Rente von unter 600 Euro, das sind 5,8 %, 48% erhalten weniger als 800 € und 62% weniger als 1.200 Euro. Das bestätigt, dass Altersarmut vorhanden ist.

Das Ungehörigste, das in der letzten Zeit diskutiert wurde, ist das Ausspielen der Generationen, also Jung gegen Alt. Das Thema erreichte sogar die Talk-Shows. Hier wird ein politisches Versagen in der demografischen Entwicklung als schwarzer Peter an die Generation der Rentner weitergereicht, anstatt die verpassten politischen Maßnahmen bei der Förderung von Familien und deren Vereinbarkeit mit dem Beruf besonders bei den Frauen und Müttern zuzugeben.

Ungerecht ist die Doppelbesteuerung der Renten. Sie betrifft nicht die verbeamteten Abgeordneten. Sie zahlen Steuern erst mit der Pension. Eine nicht unterbrochene Erwerbsbiografie, eine Betriebsrente und private Vorsorge münden in zusätzliche Steuerzahlungen im Rentenalter. Jede Rentenerhöhung zahlt sich für die Steuereinkassen aus. Die **Rente** ist eigentlich die

Anerkennung der Lebensleistung. **Immobilien** wurden als Alterssicherung deklariert. Die angestrebten neuen **Grundsteuern** werden beweisen, wem sie nützen.

Probleme wie Innere Sicherheit, Asylentscheidungen, Schutz der Außengrenzen der EU, Brexit, beschäftigen die Menschen und **bestimmen auch deren Wahlentscheidungen**, wie man bei den Kommunal- und Europawahlen erkennen konnte. Das wird bei den nächsten Landtagswahlen und Bundestagswahlen nicht anders aussehen.

Es wird endlich Zeit, in der Politik umzudenken, denn Politiker sind nichts Besonderes, sie sind auf Zeit gewählt. Sie müssen mit den Menschen, die sie gewählt haben, ins Gespräch kommen, sich deren Fragen und Probleme annehmen und eine Politik für das Volk gestalten, wo niemand abgehängt wird.

Die Menschen müssen Ergebnisse sehen, die sie überzeugen. Dazu gehört auch eine Rechenschaftslegung vor dem nächsten Sozialgipfel bzw. vor der nächsten Wahl, wo Erreichtes vorgestellt und nichtgelöste Aufgaben begründet werden sowie Schlussfolgerungen gezogen werden:

Wie werden Familien gestärkt? Arbeit und Wohnen sind soziale Grundrechte, die nicht im Grundgesetz als Recht auf Arbeit und Wohnung verankert sind. Aber wie kann ich bezahlbares Wohnen garantieren? Welche Armutsrisiken können durch welche Maßnahmen abgebaut werden? Sind diese vorhandene Maßnahmen noch zeitgemäß? Welche davon garantieren, dass Frauen mit Kindern dauerhaft an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können?
Das Verhältnis Politik – Wirtschaft gestaltet sich schon lange durch Lobbyvertreter, die Einfluss auf die Politik nehmen. Da müsste es doch gelingen, auch umgekehrt Arbeitsplatz- und entsprechende Lohnmaßnahmen herauszuarbeiten.

Lösung:

Können sich junge Familien Kinder wieder leisten, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren, aber unter Beachtung einer adäquaten Bezahlung, sind diese Kinder unsere zukünftigen Beitragszahler in die Sozial- und Steuersysteme. Das garantiert volle Kassen und Leistungen aus diesen Kassen. Zufriedenheit gefährdet den sozialen Frieden nicht. Alles andere führt zu Gefahren für die Demokratie. Auf Dauer wäre es verhängnisvoll.

Eisenach, 01.06.2019

Vorsitzender

Mitglied Landesvorstand